

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau

Niederschrift

UBA/009/2015

der 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau - **öffentlicher Teil** -
am Dienstag, dem 23.06.2015, 18:00 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

Anwesenheit:

Landrätin

Sojka, Michaelaele

Fraktion CDU

Golder, Barbara

Ronneburger, Jürgen

Ungvari, Johannes

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Keller, Katja

Klaubert, Jana

Fraktion SPD

Scholz, Wolfgang

Fraktion Die Regionalen

Kühn, Steffen

beratende Mitglieder

Hanisch, Eberhard

Katzenberger, Claus

Scheidel, Daniel

Fachbereichsleiter

Wenzlau, Bernd

Entschuldigt:

FDP (fraktionslos)

Heitsch, Hans-Jürgen

berufliche Gründe

beratende Mitglieder

Herzmoneit, Bernd

Unentschuldigt:

Fraktion SPD

Läbe, Hendrik

beratende Mitglieder

Barth, Manuela

Vorsitz:

Jana Klaubert

Schriftführung:

Brigitte Kaupe

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:05 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Die Vorsitzende, Jana Klaubert, eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung vom 05.05.2015
- 2 Informationen, Allgemeines
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

Unterbrechung zur Durchführung des nicht öffentlichen Teils der Sitzung

- 4 Vergabe von Bauleistungen >125.000,00 Euro, Lerchenberggymnasium in 04600 Altenburg, Borchertstr. 2-4, Teilsanierung einschl. Weiterführung der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes, Los 2 - Dachdeckerarbeiten V-WUBA/00111/2015nö

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung vom 05.05.2015

Die Niederschrift wurde mit 7 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung genehmigt.

TOP 2 Informationen, Allgemeines

Frau Sojka informiert die Anwesenden:

- dass der Landkreis neben dem Kyffhäuserkreis das Zertifikat „Familienfreundliche Kommune“ erhalten hat.
- dass die Veranstaltung „Unternehmerinnentag“ stattgefunden hat und Kathrin Jähler (Autohaus Jähler GmbH) mit dem Titel „Unternehmerin des Jahres“ ausgezeichnet wurde. Es gibt Vorbereitungen zu einem gemeinsamen Unternehmerinnentag für Thüringen, Sachsen und Sachsen/Anhalt, der möglicherweise in Altenburg stattfindet.
- dass die „Metropolregion“ die Arbeit aufgenommen hat, die entsprechenden Ausschüsse wurden gebildet. Es werden u. a. auch Workshops abgehalten.
- über zwei Termine:
 - am 03.09.2015, 15:00 Uhr im Landratsamt, organisiert vom MDV, zur Vernetzung der einzelnen Sparten des ÖPNV.
 - am 24.10.2015, 9:30 in der Sparkasse Altenburg. Hier wird der WTC e. V. eine von der Sparkasse in Auftrag gegebene Studie zu Entwicklungspotentialen im Altenburger vorstellen.

- dass die Vorbereitungen zur „Grünen Woche“ angelaufen sind. Dazu gibt es Gespräche mit dem entsprechenden Thüringer Ministerium.
- dass der Landeshaushalt bestätigt ist. Differenzen gibt es im sozialen Bereich sowie im Bereich Asyl. Hier geht es vor allem um die Refinanzierung der dem Landkreis entstehenden Kosten.

Frau Sojka schlägt vor, im Kreistag über die Situation im Bereich Asyl zu berichten.

Den Landkreisen wurde angekündigt, dass mehr unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) aufzunehmen sind und deren Betreuung über die Jugendämter erfolgen soll. Die Kosten, die dadurch entstehen, sollen zusammengestellt werden. Derzeit weiß noch niemand, was es kostet und wie es finanziert werden soll. Ab 01.01.2016 sollen im Landkreis 40 Jugendliche betreut werden. Durch den Mehraufwand in der Betreuung wird mehr Personal benötigt.

Herr Scholz kritisiert die Informationspolitik der Verwaltung gegenüber den Städten und Gemeinden. Lt. Verteilungsschlüssel sollen in der Stadt Gößnitz – er kann nur für Gößnitz sprechen – 20 bis 30 Asylsuchende untergebracht werden – erfahren hat er es nicht. Er bemängelt, dass man als Bürgermeister keine Information bekommt, wie es weitergeht, ob es z. B. Wohnungsanmietungen gibt. Die Stadt Gößnitz verfügt nicht über eigene Wohnungen. Er fordert von der Verwaltung mehr Kontakt zu den Kommunen. Es weist darauf hin, dass vor der Anmietung der Wohnungen von privaten Anbietern mit der Stadtverwaltung Kontakt aufgenommen werden sollte, da diese über das entsprechende Umfeld Auskunft erteilen kann.

Frau Sojka nimmt die Kritik entgegen. Sie kann die von Herrn Scholz geschilderte Vorgehensweise nicht gutheißen. Es soll nach der nächsten Kreistagssitzung eine Gesprächsrunde mit allen hauptamtlichen Bürgermeistern und den VG-Vorsitzenden geben. Transparenz gegenüber den Bürgern ist wichtig.

Frau Golder berichtet in Ihrer Funktion als Bürgermeisterin der Stadt Meuselwitz, dass in der Stadt noch keine Flüchtlinge untergebracht sind. Eine Beratung mit allen Wohnungsanbietern, dem Landkreis und der Bürgermeisterin hat in Meuselwitz stattgefunden. Die angebotenen Wohnungen wurden ohne Begründung abgelehnt. Bei unterzubringenden Familien und Jugendlichen muss die Begleitung abgesichert sein.

Frau Klaubert fasst die bisherige Diskussion zusammen: Es sollte gemeinsam gearbeitet werden, um Lösungen zu finden.

Frau Sojka informiert, dass im Jahr 2014 in Thüringen 13 Asylbewerber Bleiberecht erhalten haben, 7 davon aus dem im Altenburger Land. Sie wollen nicht in der Provinz bleiben.

Herr Kühn greift die von der Landrätin geschilderte Problematik auf. Es werden Arbeitskräfte eingesetzt, die sich um die Asylbewerber kümmern, die dem Landkreis zugewiesen werden. Die Anzahl derer, die bleiben, ist mit dem betriebenen Aufwand nicht zu erklären.

Er stellt die dezentrale Unterbringung in Frage, auch in Hinblick auf das erforderliche Personal, das nicht vorhanden ist. Er vertritt die Meinung, dass größere Unterkünfte die bessere Lösung sind. Jedoch weiß er auch, dass die Vorlaufzeit für die Bereitstellung von Wohnraum mehr als knapp ist.

Frau Sojka informiert, dass im Jahr 2015 noch keine Einbürgerung vorgenommen wurde. Die Verwaltung wurde umstrukturiert, um den Arbeitsumfang im Bereich Asyl abdecken zu können. Für die Betroffenen stellt sich die Sache jedoch anders dar. Sie

müssen die zur Einbürgerung erforderlichen Unterlagen erneut einreichen, da diese nur eine begrenzte Gültigkeit haben.

Herr Wenzlau informiert über die Baumaßnahme K 224 einschließlich Herstellung einer Flutmulde in Treben, die eine Gemeinschaftsmaßnahme mit der Gemeinde ist. Derzeit sind die Arbeiten an Damm und Mulde witterungsbedingt eingeschränkt. In der 25. KW gab es seitens der Thüringer Aufbaubank, die die Fördermittel bereitstellt, eine Zwischenprüfung vor Ort.

Er informiert über Probleme im Rahmen der Ausschreibung. Der Landkreis hat Nebenangebote nicht zugelassen. Laut den Nebenbestimmungen zum Fördermittelbescheid sind Nebenangebote jedoch grundsätzlich zuzulassen. Das Nichtzulassen von Nebenbestimmungen stellt einen Vergabeverstoß nach den Nebenbestimmungen des FM-Bescheides dar. Das kann zur Rückforderung von 15% der bewilligten Fördermittel führen, das sind ca. 250.000 €. Der Landkreis und die Gemeinde sind dabei, einen Rechtsstreit abzuwenden. In allen Vergabebestimmungen ist seit November 2014 geregelt, dass Nebenangebote nicht zuzulassen sind, wenn der Preis das einzige Entscheidungskriterium darstellt.

Nach dem Starkregen vom 13.06.2015 kommt es an der Maßnahme zu Nachträgen, informiert Herr Wenzlau weiter.

Frau Klaubert bittet, den Ausschuss weiterhin über diese Maßnahme zu informieren.

Herr Wenzlau informiert, dass für die Sporthalle Langenleuba-Niederhain ein Farbkonzept vorliegt. Er gibt die entsprechenden Unterlagen den Anwesenden zur Einsichtnahme. Aus den vorliegenden Varianten 3.1 und 3.2 wird eine abschließende Variante entstehen.

Frau Sojka informiert, dass Herr Thieme, Frau Biber und Herr Grundig derzeit Unterlagen zusammenstellen, um die Verwendung der Gelder der Soforthilfe Hochwasser 2013 nachzuweisen.

Sie hofft, dass bei der Prüfung keine Unregelmäßigkeiten auftreten, die zur Rückzahlung von Mitteln führen.

TOP 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Ronneburger informiert die Anwesenden über ein aktuelles Problem in Sachen Auszubildender. Er erhielt als Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln einen Brief des Beruflichen Schulzentrums für Gewerbe und Technik (Piererschule), dass die Ausbildung auf Grund der zu geringen Klassenstärke nicht mehr in Altenburg stattfindet. Die Unterlagen wurden nach Chemnitz bzw. Weimar geschickt. Die Ausbildungsrichtung Umwelttechnologie wird nach Gelsenkirchen verlagert. Das alles geschah, ohne vorher mit den Ausbildungsbetrieben zu sprechen, ohne Aufzeigen von Alternativen, ohne Verweis auf Übernachtungsmöglichkeiten u. a. Er fragt, ob darauf Einfluss genommen werden kann, die Ausbildung weiterhin hier im Landkreis oder wenigstens in Mitteldeutschland (Sa., Thür., Sa./A.) durchzuführen. Seiner Meinung nach gibt es kaum eine Chance, die Auszubildenden nach Beendigung wieder hierher zu bekommen. Die Betriebe im Westen Deutschlands brauchen auch Nachwuchs.

Frau Sojka ist dieses Problem bekannt. Die Ausbildung in den Umweltberufen steht seit längerer Zeit auf der Kippe. Im vergangenen Jahr wurde der Versand der von Herrn Ronneburger erwähnten Briefe noch verhindert. Die Mindestschülerzahl für eine Klasse beträgt 15 Auszubildende, ansonsten ist keine Klassenbildung möglich.

Frau Sojka berichtet von der durchgeführten Regionalkonferenz in Sachen Berufsschulen.

Es soll versucht werden, evtl. alle 2 Jahre die erforderliche Klassenstärke in den einzelnen Berufszweigen zu erreichen. Dann ist eine Ausbildung hier möglich. Es kann jedoch vorkommen, dass das letzte Ausbildungsjahr an einer anderen Schule absolviert werden muss. Frau Sojka wartet auf die Information dazu vom Ministerium. Im vergangenen Jahr wurden nur noch die Schulen an der A4 (Gera, Jena, Weimar) berücksichtigt. Niedrige Schülerzahlen bedingen hohen Lehrereinsatz; es sind derzeit jedoch nicht genügend Lehrer vorhanden. Die Vorgaben des Landes zum Stellenabbau sind einzuhalten. Sie plädiert dafür, die Lehrlingsausbildung dort vorzunehmen, wo die Bedingungen gut sind, wie z. B. hier im Landkreis.

Herr Ronneburger fasst zusammen, d. h., wenn keine Klassenstärke von 15 Schülern erreicht wird, sind die jungen Leute nicht vorhanden.

Herr Wenzlau stellt die Frage nach der Bildung einer Landesklasse in den Ver- und Entsorgungsberufen. Diese Problematik wurde bereits vor Jahren diskutiert. Die Voraussetzungen dazu sind im Landkreis mit dem Wohnheim vorhanden.

Durch Abfragen bei den Handwerks- und Industrie- und Handelskammern nach der Anzahl der Ausbildungsplätze kann die Klassenstärke ermittelt werden. Daraufhin sollte die Schule entsprechend der vorhandenen Infrastruktur festgelegt werden, an der die theoretische Ausbildung erfolgt. Herr Wenzlau führt ein Negativbeispiel - die Ausbildung der Bankkaufleute - an, wie es nicht gemacht werden sollte.

Frau Klaubert weist darauf hin, dass dies nicht nur ein Problem in Thüringen ist.

Herr Katzenberger informiert, dass in der Branche, in der er tätig ist, die Ausbildung für die Bundesländer Hessen, Thüringen, Sachsen und Brandenburg bereits seit 6 Jahren in Oranienburg stattfindet. Die Infrastruktur muss vorhanden sein.

Frau Sojka legt dar, dass das genau die Argumente für Altenburg sind. Ein Problem sieht sie jedoch in der in Weimar existierenden privaten Schule, die Ausbildungen in den Ver- und Entsorgerberufen anbietet.

Herr Scholz informiert über den sehr aktiven Leichtathletikverein in Gößnitz, der kürzlich sein 10. Kinder- und Jugendsportfest gefeiert hat. Er ist seit zehn Jahren Schirmherr dieses Festes.

Für die Durchführung auf der Sportanlage der Grund- und Regelschule Gößnitz hat es nach seiner Aussage in diesem Jahr keine Genehmigung gegeben. Diese Information hat er von der Vereinsvorsitzenden erhalten. Als Begründung wurde angeführt, dass auf der 100-m-Laufbahn Löcher vorhanden sind; auf der gesamten Anlage dürfe nicht mehr mit Spikes gelaufen werden. Die Veranstaltung wurde deshalb auf der Sportanlage an der Ostthüringen-Halle in Schmölln durchgeführt. Herr Scholz kann nicht nachvollziehen, warum nach 10 Jahren die Veranstaltung nicht mehr in Gößnitz durchgeführt werden darf. Wenn im Tartanbelag ein Loch ist, muss es repariert werden. Wenn Leichtathletik nicht mehr durchgeführt kann, verliert die Stadt Gößnitz einen Verein, in dem sehr viele Jugendliche aktiv sind.

Herr Wenzlau erklärt, dass es mit Tartanbelägen Probleme gibt, nicht nur in Gößnitz. Die Beläge auf den Sportplätzen der Grundschule Meuselwitz und der Grund- und Regelschule Gößnitz sollen in den Sommerferien repariert werden. Damit werden die Gefahrenquellen beseitigt.

Herr Scholz beharrt auf seiner Darstellung, dass auf diesem Platz kein Sportfest mehr stattfinden darf. Das Laufen mit Spikes soll auch nicht mehr erlaubt sein. Die Frage, wer diese Festlegung getroffen haben soll, kann von Herrn Scholz nicht beantwortet werden.

Herr Wenzlau sichert eine Klärung zu.

Frau Golder ergänzt, dass die Stadt Meuselwitz ein Gutachten zum Zustand des Tartanbelages am Penkwitzer Weg in Auftrag gegeben hat.

Herr Ronneburger fordert, dass die Schulsportanlagen auch durch den Vereinssport genutzt werden sollen.

Seitens der Verwaltung wird erklärt, dass dies bereits gemacht wird. Eine Abwägung bei einzelnen Anlagen ist dennoch erforderlich.

Die Sitzung wird zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils von 18:55 Uhr bis 19:03 unterbrochen.

V-WUBA/0011/2015nö

TOP 4 Vergabe von Bauleistungen >125.000,00 Euro, Lerchenberggymnasium in 04600 Altenburg, Borchertstr. 2-4, Teilsanierung einschl. Weiterführung der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes, Los 2 - Dachdeckerarbeiten

Beschluss Nr. 12:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau beschließt, den Auftrag für Los 2 - Dachdeckerarbeiten zum Bauvorhaben Lerchenberggymnasium in 04600 Altenburg, Borchertstr. 2-4, Teilsanierung einschl. Weiterführung der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes, der Firma

**Dachdeckermeister Günter Klement
Zum Sandberg Nr. 2
04617 Lödla**

auf das Angebot vom 19.05.2015 mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **138.828,23 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 10 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses waren zur Abstimmung 8 Mitglieder anwesend. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Altenburg, den 18.08.15

Dier Vorsitzende

Die Schriftführerin

Jana Klaubert
Ausschussvorsitzende

Brigitte Kaupe
MA FD 32